



Presseinformation

Nr. 26.062

27.02.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Kindergesundheit schützen: Verkauf von Energy-Drinks und Werbung für gesundheitsschädigende Produkte für Kinder einschränken

Dazu sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Jasper Balke:

Kindergesundheit ist nicht verhandelbar

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

Energy-Drinks sind längst kein Nischenprodukt mehr. Sie sind überall: im Supermarkt, an der Tankstelle, im Vereinsheim und vor allem in der Lebenswelt vieler Jugendlicher. Warum hat ihre Bedeutung so zugenommen? Weil sie perfekt in einen Alltag passen, der schneller, digitaler und oft auch stressiger geworden ist: „Kick“ auf Knopfdruck, kombiniert mit einem Marketing, das gezielt an junge Zielgruppen andockt: Gaming, Sport-Influencer, Social Media. Genau deshalb ist es richtig, dass wir heute nicht so tun, als ginge es um eine harmlose Geschmacksfrage, sondern es geht um wirksamen Gesundheitsschutz.

Unser gemeinsamer Antrag mit der CDU setzt hier klare Leitplanken: kein Verkauf von Energy-Drinks an unter 16-Jährige, ein Verbot von an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbung für Energy-Drinks und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitskompetenz im Präventionsgesetz. Und ja, das ist begründet. Das Bundesinstitut für Risikobewertung weist seit Jahren darauf hin, dass Jugendliche bereits mit einer handelsüblichen Dose die empfohlene maximale Koffeinzufuhr überschreiten können, mit möglichen Effekten wie Herzzrasen, Blutdruckanstieg und Nervosität, besonders riskant in Kombination mit Alkohol, Zucker oder intensiver körperlicher Belastung.

Aber wenn wir ehrlich sind: Beim Werbeschutz darf es aus meiner Sicht nicht beim Energy-Drink bleiben. Wir Grüne sind auch für weitergehende Werbebeschränkungen bei Produkten, die nachweislich gesundheitsschädlich sind, „Produkte mit Kinderoptik“ wird das in der Marketing-Branche genannt.

Der Grund ist simpel: Kinder können Werbung nicht „wegfiltern“ wie Erwachsene. Sie verwechseln Botschaft und Information, Identität und Produkt und werden dadurch besonders leicht beeinflusst. Genau deshalb drängt die WHO seit Langem auf klare Schranken beim an Kinder gerichteten Marketing ungesunder Lebensmittel und Getränke.

Und damit sind wir bei einem Kernpunkt, den wir nicht ausblenden dürfen: Zucker. Energy-Drinks sind oft nicht nur koffeinhaltig, sondern auch zuckerschwer. Die WHO empfiehlt, „freie Zucker“ auf unter zehn Prozent der täglichen Energiezufuhr zu begrenzen, wer durch Ernährung Gesundheitsgewinne erzielen möchte, für den gilt die Empfehlung von unter fünf Prozent. In Deutschland liegt der Anteil an der täglichen Energiezufuhr bei knapp 13 Prozent bei Erwachsenen, bei Kindern und Jugendlichen sogar bei 15 – 18 Prozent und wenn der Zucker auch noch in flüssiger Form durch Softdrinks oder in Kombination mit Koffein noch schneller im Blut anflutet, dann sind die Gesundheitsschäden noch höher.

Liebe Kolleg*innen, diese Empfehlungen sind keine theoretische Spielerei. Sie sind einer der Hauptgründe, weshalb Volkserkrankungen in Deutschland viel stärker steigen als in anderen Ländern. Und genau aus diesem Grund bin ich unserem Ministerpräsidenten so dankbar, dass er unseren Landtagsbeschluss zur Zuckersteuer aus dem letzten Jahr so prominent und öffentlichkeitswirksam und mit seinem eigenen Namen sogar gegen den Widerstand aus seiner eigenen Bundespartei setzt, denn das ist verantwortungsvolle, evidenzbasierte Gesundheitspolitik made in Schleswig-Holstein und ich wünsche ihm aus tiefster Überzeugung ganz viel Erfolg im Bundesrat!

Ja, man kann über die Ausgestaltung streiten, gestaffelt nach Zuckergehalt, mit klaren Anreizen zur Reformulierung. Kindergesundheit ist nicht verhandelbar, sie ist die Voraussetzung für echte Teilhabe und faire Chancen.

Meine Damen und Herren, wenn jemand meint, das alles sei „Bevormundung“, dann lohnt ein Blick auf die nüchterne Bestandsaufnahme der Präventionspolitik. Der Public Health Index (PHI), entwickelt unter anderem vom AOK-Bundesverband und DKFZ, zeigt, wie konsequent Länder evidenzbasierte Maßnahmen in den Feldern Tabak, Alkohol, Ernährung und Bewegung umsetzen. Das Ergebnis: Deutschland landet auf Rang 17 von 18 untersuchten Staaten, fast Schlusslicht. Das ist kein Schönheitsfehler, das ist ein Warnsignal: Wir geben viel Geld für Versorgung aus und leisten uns gleichzeitig eine Präventionspolitik, die zu oft auf Freiwilligkeit setzt, obwohl die Evidenz längst weiter ist.

Und deshalb ist der letzte Teil unseres Antrags so entscheidend: Gesundheitskompetenz stärken. Denn „Eigenverantwortung“ kann man nicht voraussetzen, wenn sie strukturell überfordert wird. Repräsentative Studien zeigen seit Jahren, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland Schwierigkeiten hat, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen und für Entscheidungen zu nutzen. Wer in so einer Lage reflexhaft „selbst schuld“ sagt, verkennet die Realität und macht Politik am Problem vorbei.

Schleswig-Holstein geht hier den richtigen Weg, indem das Land am Aufbau einer Landespräventionsstrategie arbeitet: besser vernetzt, ressortübergreifend gedacht, mit „Gesundheit in allen Politikfeldern“ als Anspruch, gerade auch in Zeiten knapper Kassen. Denn Prävention und Gesundheitsförderung sind kein „Nice-to-have“, sie sind die einzige nachhaltige Antwort auf wachsende chronische Krankheitslast, soziale

Ungleichheit in Gesundheit und ein Gesundheitssystem, das sonst immer nur hinterher repariert.

Ich werbe deshalb auch stark für eine Novellierung des Präventionsgesetzes auf Bundesebene, wo wirklich starke Leitplanken für konsequente Gesundheitsförderung und -kompetenzvermittlung finanziell hinterlegt werden können. Darum bitte ich um Unterstützung für diesen Antrag: klare Regeln beim Verkauf und bei Werbung, Orientierung an WHO-Empfehlungen, ernsthafte Schritte bei Zucker und eine Präventionspolitik, die nicht moralisiert, sondern ermöglicht. Denn Kindergesundheit schützt man nicht mit Appellen, sondern mit Rahmenbedingungen, die Gesundheit wahrscheinlicher machen als Krankheit.

Vielen Dank!

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de